

Gestalttherapie und Politik

- ein kurzer Einblick in Theorie und Praxis, Geschichte und Gegenwart

von Delphine Akoun und Rolf Heinzmann

Praxis | 33

Ausgehend von dem in der Gestalt-Szene fest verankerten Glaubenssatz, Gestalttherapie sei an sich politisch, gehen wir dem tatsächlichen Verhältnis zwischen Gestalttherapie und Gestalttherapeutinnen¹ und Politik auf die Spur, auch anhand einiger Fallbeispiele. Sie erkunden die Konsequenzen dieses Verhältnisses für die Praxis von Gestalttherapeutinnen und stellen ihre Schlussfolgerungen dazu zur Diskussion.

„Gestalttherapie ist politisch“, behauptet Lore Perls auf einem Symposium Ende der 1980er Jahre in Köln (Weber/Lindner 2005). Möglicherweise sieht das ehrfürchtig-andächtig wirkende Auditorium darin einen Auftrag, die frohe Botschaft der politischen Gestalttherapie in die Gestalt-Welt draußen zu tragen. Ist dieser Satz mittlerweile zum kollektiven Introjekt in den Köpfen vieler Gestalttherapeutinnen geworden – unzerkaut und ungeprüft einfach hinuntergeschluckt? Einiges spricht dafür.

Beim etwas differenzierteren Überdenken dieser Behauptung kommt zunächst die Frage auf, was mit Gestalttherapie, die politisch sein soll, überhaupt gemeint ist. Das Theoriegebäude und /oder die tradierte Pragmatik der Gestalttherapie oder die Summe aller Konzepte? Oder ist damit die Gestalt-Szene, d. h. die Gemeinschaft der Gestalttherapeutinnen gemeint?

Der Untertitel der Schweriner DVG-Tagung 2018 lautete: „Wie soll die Gestalttherapie auf die gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren?“ Das wirft sogleich die nächsten Fragen auf: Wieso sollte sie darauf überhaupt reagieren? Wäre es für eine Therapieschule nicht angemessener, die gesellschaftlichen Herausforderungen erst einmal nur im Blick zu haben?

Marc Österreicher kommt in seiner Analyse der Tagung zur Schlussfolgerung: „Die Schweriner Tagung ist spätestens am Sonntag 13. Mai um 14 Uhr verpufft und hat nichts politisch Gewichtiges bewirken können“ (Österreicher 2018). Das ist vermutlich weniger auf den Veranstalter zurückzuführen als eher darauf, dass das politische Interesse der dort versammelten Community doch nicht so groß ist, wie immer behauptet wird.

Im Übrigen hätte es einen Unterschied gemacht, wenn der Untertitel gefragt hätte, wie die *Gestalttherapeutinnen* (statt die Gestalttherapie) auf die gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren sollten. Die Herausforderung, persönlich Stellung zu beziehen, hätte damit direkt im Raum gestanden. So lag die Verantwortung für politisches Engagement programmatisch von vornherein auf der Gestalttherapie. Die anwesenden Praktikerinnen konnten sich zurücklehnen, um zu schauen, was ihre Schule denn so wohl dazu zu sagen hat.

¹ Für eine bessere Lesbarkeit haben wir entschieden, in diesem Artikel nur eine Anredeform zu verwenden. Da sich dabei meist für das generische Maskulinum entschieden wird, haben wir hier die weibliche Form gewählt – unserem Sinn für Gleichgewicht folgend. Mit „Klientinnen“ und „Therapeutinnen“ z. B. sind also immer auch Klienten und Therapeuten gemeint.

Therapieschulen haben aber zunächst einmal nichts speziell Politisches an sich. Therapieschulen entfalten Hypothesen darüber, wie das Individuum organisiert ist und sich in seiner Umwelt einrichtet. Des Weiteren reichen Therapieschulen Handlungsanweisungen an Therapeutinnen, wie sie Klientinnen dazu motivieren könnten, sich selbst und die Umwelt umzudeuten und mit alternativen Verhaltensweisen zu experimentieren. Das hat selbstverständlich eine politische Dimension, da diese Veränderungen im Individuum eine politische Relevanz haben können. Ein Sprachkurs oder eine Tanzschule wären aber dann gleichermaßen politisch. Dann ist alles politisch, so wie Lore Perls es auch ausdrückt: „Meine ganze Arbeit ist politisch“ (Weber/Lindner 2005). Wenn aber alles politisch ist, dann macht der Begriff keinen Unterschied mehr.

Um politisch zu sein, müssten Therapieschulen zumindest in Teilen eine politische Theorie enthalten oder zumindest eine Anweisung für politisches Handeln. Das ist unseres Erachtens nicht der Fall. Gleichwohl können Therapieschulen – wie jede andere Tätigkeit in einem sozialen Raum – eine politische Relevanz haben, die aber von den Verhältnissen der Gesellschaft abhängt, in der sie gerade wirken. Therapieschulen haben in der 150-jährigen Geschichte der modernen Psychotherapie dreimal einen besonders starken soziologischen/politischen Einfluss gehabt. Zu ihrem Beginn, als die psychoanalytische Sexualtheorie zu heftigen konträren Reaktionen der Gesellschaft führte und damit einen grundlegenden Umbruch der Sexualmoral verursachte oder mitbewirkte oder beides. Dann, z. B. bei uns in Deutschland, in den letzten Jahren der Weimarer Republik, als alle Therapieschulen in krassem Gegensatz zum aufkommenden Nationalsozialismus standen. Und zuletzt in der Studentenbewegung 1968 und ff., als auch mit Erkenntnissen der Therapieschulen für eine Veränderung der Gesellschaft argumentiert wurde, was nicht zuletzt den sogenannten Psychoboom zur Folge hatte. Heutzutage hat Psychotherapie keine besondere politische Relevanz. Sie ist inzwischen allseits anerkannt, sie erzeugt keine bedeutenden kontroversen Auseinandersetzungen und ihre Annahmen werden heutzutage weder von den einen noch den anderen politischen Richtungen für ihre Ziele aufgegriffen.

Um nicht missverstanden zu werden: Es ist zu wünschen, dass sich möglichst viele Menschen mit Politik beschäftigen, sich am Diskurs zu den Herausforderungen unserer Zeit beteiligen und sich politisch betätigen – Psychotherapeutinnen im Allgemeinen und Gestalttherapeutinnen im Besonderen sind nicht mehr oder weniger politisch als jede andere Mitbürgerin. Sie sind nämlich nur in Ausnahmefällen Expertinnen für politische Themen und unterscheiden sich damit selten von jederfrau in politischer Hinsicht.